

Je näher nun die Waffenpause am Schluß dieses Jahres rückt, um so eifriger arbeitet die deutsche Sozialdemokratie daran, die Voraussetzungen zu schaffen, um möglichst dieses Mal zum Ende zu kommen. Der Höhepunkt dieser Arbeit war die Friedensresolution vom 19. Juli. Sie wird jetzt ihre Fortsetzung in der auf sie gestützten Antwort an den Papst finden. Deutschland wird sich erneut friedensbereit erklären, und es wird diesmal kein Zweifel darüber bestehen, daß hinter dieser Behauptung des Friedenswillens keine Eroberungsgeanken stecken.

Ob damit der Friede erreicht wird, ist eine andre Frage. Wir können natürlich hoffen, daß die Entstehung einer militärisch noch schwachen Republik in Rußland und die ungeheure gewachsene Not in Frankreich und Italien die Entente veranlassen werden, diesmal mildere Saiten aufzuziehen, besonders da der verschärfte Unterseebootskrieg gegen England mit einer noch nicht genau abgesehenen Gefahr bedroht. Aber möglich bleibt natürlich immerhin, daß die Entente wie im Vorjahr eine höchst wichtige Abweisung aller Friedensgedanken von sich gibt, und dann bleibt eben nichts weiter übrig, als daß das entlegende Norden noch ein Jahr weitergeht.

So liegen die Dinge. Was überhaupt für den Frieden getan werden konnte, hat die Sozialdemokratie mit der

Resolution vom 19. Juli und der Genügnung der Regierung für ihren Inhalt getan. Was aber tun die Unabhängigen? Man könnte ein Freischaufreiben erlassen, was angegeben wird, was sie in den letzten Monaten überhaupt an Friedensarbeit geleistet haben. Wir würden davon außer einigen belanglosen Reden und Aufrufen nicht das mindeste zu vernehmen.

Gegen die Friedensresolution im Reichstag haben die Unabhängigen mit den Alldutschen

gestimmt. Gerade jetzt leben wir in der „Leipziger Volkszeitung“, dieser Bestätigung sei doch ein „Weschebals“ parlamentarischer Schwachheit“. So ungefähr sagt es der Pforter auch, nämlich der altbayerische Pforter Traub oder sein Raibensbruder Graf Wentzlom. Als Stockholm die Sache des Friedens zu fördern begann, gerieten die Unabhängigen sich untereinander in die Haare, ob man hingehen solle oder nicht. Franz Mehring schickte an Scheide eine Brief, die Russen möchten nicht mit den deutschen Sozialpatrioten zusammenkommen, und Haase fuhr mit seinen Genossen nach Stockholm, um sich, wenn irgend möglich, selbst mit diesen „Sozialpatrioten“ an den Friedensberatungen teil zu nehmen. Im übrigen standen die Unabhängigen nördlich abwärts, sprengten ein paar sozialdemokratische Friedensversammlungen, und rührten selbst keinen Finger

für den Frieden. Einen gewissen Ausgleichscharakter, bei dem zugleich Deutschland beiseite kann, nennt Freund und Feind einen Scheidemann-Frieden. Hat schon mal ein Feind vom Haase-Frieden oder Redebour-Frieden gesprochen? Wahrscheinlich können sie in die größte Verlegenheit, wenn sie nun praktisch die Friedensbedingungen festlegen wollten. Ihr Stockholmer Memorandum bewegt sich bekanntlich in barbaren Generalisierungen.

Wollten die Unabhängigen vor der Geschichte und dem deutschen Proletariat den Beweis dafür führen, daß ihre Abspaltung moralisch notwendig und begründet war, dann müßten sie zeigen, daß sie

mehr und Besseres für den Frieden

leisten konnten als die Sozialdemokratie. Statt dessen haben sie gar nichts getan. Kommt die Welt erst einmal aus dem Kriegselend heraus, dann sind die Unabhängigen naturgemäß immer neuen Stoff dafür liefert, alle andern als maßlos feige hinzustellen, dann wird das Volk sehr bald durchschauen, wie wenig hinter dieser nördlichen Kritik steckt, und den Unabhängigen das Zeugnis ausstellen, daß sie hervorragend getafelt und geschminkt, aber nicht das mindeste geschaffen haben. Erreichen wir den Frieden, dann muß es mit dem unabhängigen Spuk bald vorbei sein.

Was der Krieg bringt.

19000 Tonnen.

Der deutsche Admiralstab gibt bekannt: Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere Unterseeboote 19000 Tonnentorpedos versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich zwei große englische Dampfer, einer davon anscheinend ein Hilfskreuzer oder Transporter.

Deutschland und Schweden.

Der Berliner Vertreter der Stockholmer Zeitung „Nya Dagligt Allehanda“ übermittelt seinem Blatte den Wortlaut der Erklärung, die die deutsche Regierung in Angelegenheit der Reichsen des Grafen Kurberg der schwedischen Regierung abgegeben hat, in folgender Fassung:

Die kaiserliche Regierung beklagt tief, daß der schwedischen Regierung infolge ihrer danksverdienenden Vermittlung von Telegrammen zwischen deutschen Beamten im Ausland und dem Auswärtigen Amt Unannehmlichkeiten entstanden sind. Die Regierung beklagt weiter, daß der deutsche Vertreter in Buenos Aires herartige Telegramme unter Vermittlung der schwedischen Vermittlung abgeschickt hat. Die Regierung hat, sobald ihr der Fall bekannt wurde, ihre Vertretungen im Ausland ausdrücklich angewiesen, dafür zu sorgen, daß alle Versuche, die kaiserliche schwedische Regierung in Verbindung mit dem Inhalt der vernichteten Schiffstelegramme zu bringen, zurückgewiesen werden. Gleichzeitig betont die kaiserliche Regierung ihrerseits, daß die schwedische Regierung keine Kenntnis vom Inhalt dieser Telegramme gehabt hat.

Es ist merkwürdig, daß die deutsche Regierung eine so wichtige Erklärung auf dem Umweg über ein schwedisches Blatt zur Kenntnis der deutschen Öffentlichkeit bringt, anstatt ihr auf direktem Wege von dieser Erklärung Mitteilung zu machen.

Ein 15-Millionen-Experiment.

Frankzösische Blätter berichten, daß in Le Mans eine Militärkammerkette, in der sich große Vorräte an Heilmitteln, Leder, Mehl, Sandstranen und Petroleum befanden, ein Raub der Flammen geworden ist. Der Schaden wird auf über 15 Millionen geschätzt. Die Ursache des Brandes ist durch die Vorberhandlung klar ermittelt. Es handelt sich um ein Experiment.

Nur bevor die Flammen ausbrachen, saßen zwei Meteoriten friedlich im Kellergehörsch und philosophierten über eine kleine Petroleum-Lade, die sich auf dem Boden gebildet hatte. Der eine Meteorit meinte nachdenklich: „Es brauchte nur einer ein Streichholz dahinein zu werfen. Da könnte man was erleben.“

Darauf der andre, Thielleur mit Namen: „Absolut nicht, Petroleum brennt nicht. Da, sich her.“

Und schon hatte er ein Zündhölzchen angezündet und es in das Petroleum geworfen, das gleich darauf geigte, was es konnte.

Aber der Meteorit Thielleur hatte eine gute Entschuldigung bei der Hand. „Nur wenige Tage zuvor“, erklärte er, „hat der Regimentskommandeur eine Vorlesung über Brennstoffe gehalten. Das Petroleum, sagte er, unterscheidet sich dadurch vom Benzin, daß es nicht bei dieses Feuer fängt, wenn man es in Berührung mit einem Streichholz bringt. Er hat das Experiment gemacht. Es hat nicht gekramt. Ich habe es auch machen wollen. Und bei mir hat's gekramt.“

Der Präsident des Kriegsgerichts, vor dem die Sache zur Verhandlung kam, konnte sich nicht enthalten, die Bemerkung zu machen: „Das große Unglück der Zeit ist, daß man Offiziere auf Posten stellt, wo ein Krämmer besser am Platze wäre.“

Der Mann, der mit seinem Streichholz den 15-Millionen-Schaden anrichtete, wird daraufhin vielleicht freigesprochen werden.

Telegrammsport.

Hindenburg, der am 2. Oktober 70 Jahre alt wird, hat sich alle Telegramme und Feiern verboten. Wer ihn ehren wolle, solle Kriegsangelegenheiten, wenn er es dazu hat oder sonst in Arbeit seine Schuldigkeit tun. Für Feiern sei die Zeit nicht da.

Sehr vernünftig! Aber aus den gleichen Gründen wäre zu wünschen, daß die ewige Telegraphiererei unterbleibe. Jeder Stammtisch, der sich auch ohne Bier patriotisch zu erheben vermag, dröhrt an Kaiser, Kanzler und Hindenburg, an den Landesfürsten und ein paar Generale, und jeder der antelegraphiert wird, schickt eine Antwort. Alle diese Antworten, insbesondere die an die Herren von der „Deutschen Vaterlandspartei“, welche sich mächtig über den Reichstag aufregt, sind sehr sorgfältig stilisiert. Man kann keinem dieser Antwort-Telegramme nachsehen, daß es gegen den Reichstag oder gegen den Friedenswillen des Volkes gerichtet wäre. Aber auf der andern Seite werden alle diese Telegramme natürlich von ihren Empfängern so ausgelegt, als ob die hohen und höchsten Herrschaften, das Hauptquartier und die gesamte Regierung, auf ihrer Seite gegen den Reichstag ständen. Würde ein solcher Eindruck allgemein, so wäre er im Interesse Deutschlands sehr zu bedauern. Unter diesen Umständen täten alle politischen Zeitungen gut, dem Beispiel zu folgen, das die „Berliner Morgenpost“ heute in einer reaktionellen Erklärung gibt: Sie verzichte von jetzt an auf die Veröffentlichung der telegraphischen Korrespondenz mit den dt. Stammtischlern. Diefem Gremmel wird man um so eher folgen dürfen, als die Antworttelegramme augenscheinlich einen politischen Inhalt nicht haben sollen.

Ein gefährlicher Plan.

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Vorwärts“ heute folgende aufsehenerregende Nachricht:

Von verschiedenen zuverlässigen Seiten geht uns die Mitteilung zu, daß die von den Alldutschen geforderte „Aufklärungsarbeit“ gegen die Reichstagsmehrheit an amtlichen Stellen tatsächlich vorbereitet wird. Es plant ist eine allgemeine Propaganda gegen den „launen Frieden“ und die Bedeutung parlamentarischer Beschlüsse. Geistesreife soll der Staat mit dem Körper verglichen werden, der ja auch nicht durch den „Mehrheitsbescheid der Glieder“, sondern durch den „einheitlichen Willen des Kopfes“ regiert werde. Druckschriften, Bilder und Filme, die diese Theorie veranschaulichen und vor dem „Verjährtfrieden“ graulich machen sollen, sind in Vorbereitung.

Ansprachen in diesem Sinne werden schon jetzt da und dort gehalten. In einzelnen Fällen ist es sogar vorgekommen, daß Vorgesetzte ihre Untergebenen aufforderten, sich zum Eintritt in die neue „Vaterlandspartei“ zu melden. Die Leute sind dann genötigt, allerhand Ausflüsse zu machen — „Keine Zeit! Kein Geld!“ — um es möglichst mit ihren Vorgesetzten zu verdecken.

Wir glauben nicht, sagt der „Vorwärts“, daß der verantwortliche Reichsführer hinter diesen Treiben steht, nehmen vielmehr an, daß er davon nichts weiß. Er wird aber, um Schaden zu verhüten, diesen Dingen nachgehen und für Ordnung sorgen müssen. Uebergriffe von Vorgesetzten, die auf eine politische Beeinflussung der Untergebenen hincielen, führen notwendigerweise zur innern Zerfegung. Auf diese Gefahr rechtzeitig hinzuweisen, scheint uns Pflicht. Man soll sich auch nirgends dem geringsten Zweifel darüber hingeben, daß die Ausführung jenes Planes auf entschiedene Gegenwehr in der Presse und besonders auch im Reichstag stoßen würde.

Neine Anfragen.

Eine Anzahl kleiner Anfragen sind neuerdings im Reichstag gestellt worden. Der Antikamill Werner wünscht Auskunft über die bei der Vermaltung von Ober-Def. eingetretene besondere Abweilung für jüdische Angelegenheiten,

über die Beschäftigung polnisch-jüdischer Arbeiter in der deutschen Industrie, über die feinergeigte angenommene konfessionelle Statistik und über die „Vorzugung der Juden bei den Kriegsgesellschaften“. In einer Anfrage wendet Werner sich gegen die „Börsejobber“.

Genosse Reus will Nachridit haben über die am 3. November in Aussicht gestellte wohlwollende Prüfung der Frage, ob die bisherige Benachteiligung der Disziplinarhinfichtlich der Beförderung zum Offizier wegen ihrer Ueberzeugung in Zukunft wegfallen solle.

Hg. Herzfeld (Unabh. Soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß Verordnungen für einen ertionslosen Verfüngungsfrieden fast ausnahmslos verboten werden, während Verordnungen, in denen der Krieg bis zur völligen Wiederherstellung der Gegner gefordert und gewalttätige Anexionen und Kriegsentzückung verlangt werden, ungehindert, vielfach mit behördlicher Unterfertigung und Mitwirkung stattfinden; in einzelnen Provinzen verlesen sogar die Wälfen auf behördliche Anordnung Sonntags in der Dorfkirche Kundgebungen mit diesen Zielen. Dr. Herzfeld fragt, ob der Reichstagler dafür einzutreten gedenke, daß öffentliche und nichtöffentliche Verordnungen, in denen die Friedensbestrebungen ertört werden sollen, ohne Unterschied der Partei ungehindert stattfinden können.

22. deutscher Ortskrankentag.

In der Aussprache über die Fürsorge für Geschlechtskranke hob Präsident Dr. Kaufmann (Berlin) die Bedeutung der Beratungen hervor, die der Referent nicht genügend genügt habe. Er machte mehrere Änderungsversuche zu den Beschlüssen des Referenten, die nach weiteren Ausänderungen mit einer geringen Änderung angenommen wurden.

Dr. Braun (Berlin) hielt dann einen Vortrag über die fachärztliche Behandlung der chronischen Krankheiten. Seine Darlegungen wurden durch Bildbilder mitsamt dem unterrichtet. Er sagte, die chronischen Krankheiten seien unter den krankenpersonen Bevölkerungsteilen weit verbreitet und seien den besten des Lebens auf. Daher sollten die Krankentassen dieser Krankheitsgruppe erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und bei der Krankentassifizierung besonders sorgfältig. Fachärztliche Behandlung verhalte bis auf einen geringen Bruchteil die Arbeitsunfähigkeit oder verhalte doch ihre Dauer, entlaste dadurch die Krankentassen und erspare den Kranken erhebliche Leiden und Verberienausfälle.

Ueber die Forderung der Reichsversicherungsordnung.

Dieht das erste Referat Justizrat D. Weber (Frankfurt a. M.). Er stellt das Bevölkerungsproblem an die Spitze seiner Erörterungen. Für die Umänderung der Reichsversicherungsordnung solle der Gesichtspunkt einer gesunden Bevölkerungspolitik richtunggebend sein. Von den krankheitshaften Erkrankungen, die der Referent vorzuzieht, sind hervorzuheben: Bei der Versicherungspflicht soll die Einkommensgrenze auf 4000 Mark, bei der Versicherungsversicherung auf 6000 Mark ausgedehnt werden. Die gefährlichen Berufe von den Versicherungspflicht und die Versicherungsbedingungen sind aufzugeben. Die Versicherungsbedingungen sollen auf selbständige Betriebsinhaber ausgedehnt werden, die nicht mehr als fünf Personen gegen Entgelt beschäftigen. Die Bodenfläche mühte im Anschluß an die Krankentassen bawerd genützt werden, und zwar als Hegeleistung. Nach der Familienfähigkeit soll als Hegeleistung eingeführt werden. Die Organisation der Krankentassen für die Krankentassen soll auf selbständige Betriebsinhaber ausgedehnt werden, die nicht mehr als fünf Personen gegen Entgelt beschäftigen. Die Bodenfläche mühte im Anschluß an die Krankentassen bawerd genützt werden, und zwar als Hegeleistung. Nach der Familienfähigkeit soll als Hegeleistung eingeführt werden. Die Organisation der Krankentassen für die Krankentassen soll auf selbständige Betriebsinhaber ausgedehnt werden, die nicht mehr als fünf Personen gegen Entgelt beschäftigen.

Rechtsanwalt Dr. Bau m führte als zweiter Referent aus, daß die Krankentassen mühte mitarbeiten an der Lösung der Schäden, die der Krieg und geflogen, an der Schaffung eines gesunden Nachwuchses. Die materiellen Leistungen der Rassen mühte besser gefördert werden. Die Pfeffeln und Spargeln, die parteipolitisches Wirtrauen den Krankentassen aufgebend haben, müssen fallen. In der Krankentassenversicherung soll der Wert des Vertrauens vom 4. August 1914 ausgehen. (Lebhafter Beifall.) Die Krankentassenversicherung soll ausgedehnt werden auf alle

Auflerter Uneinigkeit.

Ende August 1917 hat bekanntlich in London eine Konferenz der Sozialisten der Verbandsländer stattgefunden. Die Verhandlungen waren eben, so daß ein telegraphisches Protokoll über die dort geführten Verhandlungen nicht vorliegt. In der Regel wird nach derartigen Konferenzen eine offizielle Mitteilung veröffentlicht, welche auch die angenommenen Entschlüsse enthält. Diesmal ist es aber zu keiner Entschlüsse gekommen, und der veröffentlichte offizielle Bericht ist absolut nichtig. Es sieht also nur so viel fast, daß auf der Konferenz große Uneinigkeit geherrschet hat.

Was war der Grund dieser Uneinigkeit? Einige Andeutungen darüber findet man in einem Artikel Renaudels in der „Humanität“ vom 1. September. Renaudel schreibt: Die Konferenz der alliierten Sozialisten führte nicht zu den Ergebnissen, welche die Parteigenossen erwarten durften. Sie ist sogar gar nicht in die Debatte über die Frage eingetreten, die Anstoß zu Meinungsverschiedenheiten über Kriegführung und Friedensbedingungen hätte geben können. Der Hauptgrund dafür ist, daß von Anfang an eine Anzahl von

Konferenzteilnehmern es ablehnten, die Entschlüsse der Konferenz (Februar 1915) zum Ausgangspunkt der Erörterungen zu nehmen.

Wie Renaudel weiter mitteilt, machten sich auf der Konferenz drei Strömungen bemerkbar, und jede von ihnen legte eine besondere Standgebung vor.

In der „Humanität“ vom 2. September 1917 wird eine Erklärung an die deutsche Sozialdemokratie und insbesondere an deren Mitglieder veröffentlicht, die ganz im Geiste Wilsons und Ribots gehalten ist. Es entspricht auch den Annahmen der oben erwähnten Entschlüsse der Konferenz von 1915 an Deutschland. Sie ist unterzeichnet von den Führern der äußersten Rechten des alliierten Sozialismus: Wandervelde, de Brouckere, Henderson, Gindman, Sydney Webb; Dubreuilh, Willhaud, Renaudel, Thomas, Berenini, Silbert. Diese Herren muten der deutschen Arbeiterklasse zu, eine Revolution zu machen. Dafür verpflichten sie ihr, daß sie eventuell ihren Regierungen nicht gehorchen werden, die aus dem inneren Kampf entstehende Schwächung Deutschlands zu Eroberungszwecken auszunutzen. Das heißt: Wandervelde, Henderson, Gind-

man, Webb, Renaudel und Thomas verlangen, daß die deutsche Sozialdemokratie in Deutschland einen Bürgerkrieg entfessele. Sie wollen inzwischen darauf achten, daß die französischen und englischen Heere nicht inzwischen Deutschland zerstückeln.

Schon ganz abgesehen davon, daß die Unterzeichner dieser Erklärung seit während des ganzen Krieges eine äußerst parteiische Haltung gegen Deutschland eingenommen haben und deshalb gar nicht berechtigt sind, sich an die deutsche Sozialdemokratie zu wenden, müssen wir auch darauf hinweisen, daß sie absolut ohne Einfluß auf ihre eigenen Regierungen sind. Wenn sie nicht einmal instand waren, Rufe zu einer Konferenz zu erheben, wenn Henderson sogar wegen der bloßen Sympathie für Stodholm seiner Ministerposten aufgeben mußte, wie kann man dann von ihnen erwarten, daß sie die Kriegführung ihrer Länder beherrschen könnten? Ihre Großsprecherien sind lächerlich.

Zusammen hat ihr Mißerfolg auf der zweiten Londoner Konferenz gezeigt, daß ein beträchtlicher Teil der alliierten Sozialisten nicht mehr auf dem Boden der Londoner Entschlüsse (1915) steht, die einseitig gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gerichtet war.

Amthliche Bekanntmachungen.

Anfaßlich des Quartalswechsels und der Ungenauigkeit werden die nachstehenden wesentlichen Bestimmungen der Polizeiverordnung betr. das Meldebüro vom 15. August 1918 zur Nachachtung in Erinnerung gebracht:

1. Gegenstand der Meldung.

Zu melden ist: 1. Jeder Zugang von außerhalb nach dem Stadtbereich Halle, gleichviel ob derselbe zum Zwecke der Wohnstätte oder behufs dauernden oder vorübergehenden Aufenthaltes (z. B. zum Besuch oder zur Benutzung einer Bannmühle) erfolgt; 2. Jeder Fortgang nach außerhalb; 3. Jeder Lang- oder Kurzzeitbesuch des Stadtbereichs (Wohnungsveränderung), und zwar auch dann, wenn der Zu- oder Abzug die Wohnung bereits wieder innerhalb der wohnlichen Meldebereich des § 3 wechelt.

2. Bezeichnung des Meldepflichtigen.

Zum Melden verpflichtet ist: 1. Der Grundstücksbesitzer hinsichtlich seiner selbst und derjenigen Personen, welchen er auf seinem Grundstücke Räume zum Wohnen vermietet oder sonst in sonstiger Weise gestattet hat, mit dem Familienhaupt zugleich zu- oder abziehenden Ehefrau und Kindern; 2. Der Inhaber einer Wohnung hinsichtlich derjenigen Personen, welchen er neben den bereits nach Nr. 1 Gemeldeten in seiner Wohnung (Erd- oder Untergeschoss) gewährt, also namentlich hinsichtlich seiner Familienangehörigen, Dienstboten, Gesellen, Lehrlinge, Schiffsleute, Arbeiter und der sich bei ihm zum Besuch aufhaltenden Personen.

3. Ort und Zeit der Meldung.

Die Meldung muß erfolgen sowohl bei der Meldestelle des jeweiligen Polizeibereichs, in welchem die neu bezogene Wohnung liegt (Anmeldung), als auch bei der Meldestelle desjenigen Meldebereichs, in welchem die ausgehende Wohnung liegt (Abmeldung). Die Meldung muß binnen einer Woche nach dem Eintritt des Zuganges, des Abzuges oder der Wohnungsveränderung, und zwar während der Bürozeiten der Meldestellen, vorzunehmen sein, wobei von 8 bis 1 Uhr, erriethet werden. Für die Berechnung der Frist von einer Woche ist der Vorbericht des § 49 der Strafprozessordnung maßgebend; es endet also die gedachte Frist mit Ablauf desjenigen Tages der nächsten Woche, der durch seine Benennung dem Tag entspricht, an welchem die Frist begonnen hat, wenn aber das Ende der Frist auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag fällt, mit Ablauf des nächstfolgenden Werktags.

4. Form und Inhalt der Meldung.

Die An- und Abmeldungen müssen mittels dreier gleichlautender Exemplare in leserlicher Schrift unter Benutzung der vorgezeichneten gedruckten Formulare sowie unter vollständiger und deutlicher Ausfüllung sämtlicher Rubriken derselben erriethet werden, und zwar: die Anmeldungen nach Formular A auf welchem Name und die Anmeldungen nach Formular B auf einem Beleg. Jede zu meldende Person muß auf einem besonderen Blatte nennet werden. Nur bei Meldungen, welche sich auf ein Familienhaupt beziehen, können die Ehefrau und Kinder derselben auf ein und demselben Blatte gemeldet werden. Die Meldungen, welche den vorstehenden Bestimmungen nicht voll entsprechen, gelten als nicht erriethet. Zwei Exemplare der Meldung verbleiben im Meldebüro, das dritte dagegen wird, mit dem Tagesstempel versehen, zurückgegeben und ist von dem Meldepflichtigen 3 Monate lang als Beleg für die festgesetzte Meldung aufzubewahren.

5. Besondere Vorschriften für Zu- und Abzüge.

Jede von auswärts zuziehende Person ist verpflichtet, auf Verlangen des Vorstehers desjenigen Polizeibereichs, in welchem die Wohnung genommen oder übernommen werden soll, sich persönlich zu erklären und unter Vorlegung des ihm übergebenen des letzten Aufenthaltsscheins die weitere erforderliche Auskunft über seine und seiner Angehörigen persönlichen Verhältnisse zu geben. Der dagegen zum Zwecke des Umgangs seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hier aufgeben will, ist — insbesondere der in den vorigen Paragraphen bestimmten Meldepflichten — persönlich vorzutreten, inwieweit dessen keine letzte Wohnung belegen ist, eine der Vorschriften des § 4 entsprechende Anmeldung vorzulegen, welche ihm abgeheftet zurückgegeben wird und zur Legitimation bei der Besondere seines neuen Wohnorts zu dienen hat.

6. Strafbestimmungen.

Verletzungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 20 Mark im Invermergenfalle mit verhältnismäßiger Haft geahndet. Wenn jedoch der Wohnort in der Meldung oder dem Besondere dessen Person oder Angehörige die Meldung betrifft, dem Meldebüro gegenüber wesentlich unrichtige Angaben gemeldet (§ 8) sind, tritt Geldstrafe nicht unter 10 Mark ein.

Halle, den 15. September 1917.

Die Polizeiverwaltung.

Amthliche Bekanntmachung über die Kartoffelverforgung in der Stadt Zeitz für das Verforgungsjahr 1917/18.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. Juni 1917 (M. G. Bl. Seite 589) wird folgendes angeordnet:

1. Die Kartoffelkarte.

Die gesamte Kartoffelkarte in der Stadt Zeitz wird hiermit befristet.

Jede Ausfuhr von Kartoffeln ist verboten und jede Einfuhr umgekehrt unzulässig.

2. Kartoffelverkauf.

Jeder Kartoffelverkauf ist nur mit unserer Genehmigung zulässig. Wer Kartoffeln verkaufen will, kann die nötigen Be-

dingungen in der städtischen Kartoffelstelle, Rathaus, Zimmer 31, erfahren.

3. Die Kartoffelverforgung.

Jeder Kartoffelverforgung hat während der Ernte das Gewicht der gereinigten Mengen täglich festzustellen und nach Ablauf der Ernte der städtischen Kartoffelstelle zu melden.

Er darf bis zu seiner Ernte Kartoffeln auf Grund der Lebensmittelkarten von der Stadt entnehmen und nach der Ernte bis auf weiteres für sich und jeden Angehörigen seiner Wirtschaft je 10 Pfund seiner Ernte in der Woche verbrauchen. Die Entnahme von Kartoffeln auf Grund der ausgegebenen blauen und weißen Karte ist nur auf Bezugsheine in jedem Kartoffelverforgung, der mehr als 200 Quadratmeter Fläche mit Kartoffeln bepflanzt hat, freigestellt.

Die Entnahme von Kartoffeln auf Grund der ausgegebenen blauen und weißen Karte ist nur auf Bezugsheine in jedem Kartoffelverforgung, der mehr als 200 Quadratmeter Fläche mit Kartoffeln bepflanzt hat, freigestellt.

Blau- und Weißkartoffelverforgung mit seiner Ernte nicht anzugehen, so hat er bei der Entnahme unter Vorlage der Kartoffelkarte mündlich einen Antrag auf Ueberweisung einer entsprechenden Karte einbringen zu lassen.

4. Die Kartoffelverforgung bis zum 28. Oktober.

Für die gesamte verforgungsberechtigete Bevölkerung erriethet die Kartoffelverforgung bis zum 28. Oktober auf Grund von Lebensmittelkarten, deren Nummern nachstehend bekanntgegeben werden.

5. Die Kartoffelverforgung nach dem 28. Oktober.

Für die Zeit nach dem 28. Oktober ist die Verforgung verchieden, je nachdem wohnliche Abholung oder Verforgung auf längere Zeit gemindert wird.

a) Wohnliche Entnahme.

Bei wohnlicher Entnahme gelten bis zum 25. November die an der Kartoffelstelle befindlichen Wohnnummern Nr. 1 bis 4. Für die Zeit nach dem 25. November erriethet besondere Bekanntmachung.

b) Bei Entnahme im ganzen für den ersten Verforgungszeitraum und Abholung in Kartoffelverforgung.

Für die Entnahme von Kartoffeln für den ersten Verforgungszeitraum können gegen Abgabe der blauen und weißen Kartoffelkarten Gutscheine gekauft werden zum Preise von 7 Pf. für einen Zentner. Es entfallen auf eine blaue Karte für Erwachsene 3 Zentner und auf eine weiße Karte für Kinder 1 Zentner. Jeder der Verkauf der Gutscheine erfolgt besondere Bekanntmachung, sobald der Verkauf der Bezugsheine (siehe 5c) beendet ist.

Die Nummern der Gutscheine werden zur Abholung der Kartoffeln aufgeführt, sobald genügend Vorrat angeliefert ist.

c) Bei Entnahme im ganzen für den ersten Verforgungszeitraum und Lieferung frei Keller.

Für diese Art des Bezugs werden Bezugsheine ausgegeben zum Preise von 7,20 Mark für einen Zentner einschließlich Verforgung frei Keller.

Es entfallen ebenfalls auf eine blaue Karte für Erwachsene 3 Zentner und auf eine weiße Karte für Kinder 1 Zentner. Die Karte der Bezugsheine wird von uns dem Kreise übermietet und es erfolgt die Lieferung der Kartoffeln, ohne daß der Bezugsheinenehmer noch irgend etwas zu tun hat.

Die Besondere Besondere über die Zahl des Verforers sind nicht zulässig.

Wegen des Verkaufs der Bezugsheine verweisen wir auf die nachstehende Bekanntmachung.

Wir empfehlen die Art des Bezugs, da die Kartoffeln unmittelbar vom Erzeuger angefahren werden und somit bei der Verförderung am wenigsten zu leiden. Außerdem erriethet jeder Bezugsheinenehmer für je 7 Pfund Kartoffeln 1 Pfund Zulage für Schwund und Verderb.

6. Erlaubte Verbrauchsmenge.

Wer seine Kartoffeln für den ersten Verforgungszeitraum im ganzen erhalten hat, darf bis auf weitere Bekanntmachung für

Erwachsene 7 Pfund und für Kinder 3½ Pfund wohnlich verbrauchen.

7. Zweiter Verforgungszeitraum.

Ueber die Verforgung für den zweiten Verforgungszeitraum, dessen Anfang je nach der Höhe der erlaubten Verbrauchsmenge erriethet wird, erfolgt später besondere Bekanntmachung.

8. Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der vorerwähnten Bundesratsverordnung bestraft.

Zeitz, den 17. September 1917.

Der Magistrat. Lorenz.

Ich habe heute eine Bekanntmachung betreffend Ausführungsbestimmungen gemäß § 12 der Bekanntmachung Nr. W. I. 1917/18, 17. K. A. vom 1. 7. 17 betreffend Befolgung und Befreiung der deutschen Schifffahrt und des Wollgarnes bei den deutschen Gebieten, Nr. W. I. 1928. 17 K. A. erlassen.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ersichtlicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 29. September 1917.
Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armee-Korps, v. Lander.
General der Infanterie
à la suite des kaiserlichen Botschaften Nr. 2

Wollkleider und Anabenanzüge
aus guten Wollstoffen in großer Auswahl preiswert
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Walter Maus, Dentist
Zahnarzt in nur bestem Friedensmaterial
Gr. Steinstraße 18, 1., gegenüber Hotel Stadt Hamburg
— Fernsprecher 2684. —
Sprechstunden 1/9—1 und 1/3—1/7 Uhr. Sonntags nur vormittags

Wollene Kleider- u. Kostümstoffe
Mantelstoffe — Anzugstoffe
Samte — Manchester
haben Sie auch in großer Auswahl
186 im Kaufhaus
H. Elkan
Leipziger Straße 87.

Stadt-Theater.
Freitag, den 21. September
Stiefand.
Oper von Eugen d'Albort.
Sonnabend nachm. Schülervorstellung
Phigene auf Tauris
Von Goethe.
Sonnabend abend

Das Dreimäderlhaus.
Freitag, 21. September.
nachmittags 3. Uhr
Konzert
Eintrittspreis 35 Pf.
Dauerkarten sind gültig.

Thalia-Theater
Gastspiel des
Zauber-Theaters Personal
Sonntag den 23. September 1917.
abends 7 1/2 Uhr
Flachsman als Erzieher
Komödie von Otto Ernst.

Bad Wittekind
Freitag, 21. September.
nachmittags 3. Uhr
Konzert
Eintrittspreis 35 Pf.
Dauerkarten sind gültig.

Herr Kurt Weise
Oberleutnant und Kompanieführer in einem Infanterie-Regiment
Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Ich verliere in ihm einen ausgezeichneten Mitarbeiter und Freund und werde ihn ein treues Gedenken bewahren.

Er war ein vortrefflicher Mensch, hochgeschätzt von allen, die ihn kannten.

Halle a. d. S. Hermann Freyberg
Brauereibesitzer.

An den Folgen einer Kopfverwundung verstarb vor einigen Tagen im Westen der langjährige Braumeister und spätere Pächter meiner Zweig-Brauerei in Leipzig-Kleinzschocher

Herr Kurt Weise
Oberleutnant und Kompanieführer in einem Infanterie-Regiment
Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Ich verliere in ihm einen ausgezeichneten Mitarbeiter und Freund und werde ihn ein treues Gedenken bewahren.

Er war ein vortrefflicher Mensch, hochgeschätzt von allen, die ihn kannten.

Halle a. d. S. Hermann Freyberg
Brauereibesitzer.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 96.

Halle, Donnerstag den 20. September 1917.

1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 20. September 1917.

Kartoffelwucher.

Im roten „Tag“ bespricht der bekannte Agrarierführer, Landesökonomierat Lude (Wiesbaden), das Verhältnis der Kartoffelernte zur Winterverjorgung. Er spricht von einer reichlichen Kartoffelernte und hält es nicht für bedenklich, daß man die Winterverjorgung der Bevölkerung, sei es durch die Landwirte selbst, welche in der Nähe der Städte wohnen, sei es durch den Bahnverjand, auf diesem Wege, wird eindecken lassen können. Vor allem wichtig aber ist, was dieser Fachmann über die Preisgestaltung zu sagen hat:

Er begut auf die Preisbestimmung bin ist der Ansicht, daß die Kartoffeln bei dem Verbraucher nicht mehr als sechs Mark kosten dürfen. Innerhalb dieses Preises kann der Handel im großen und kleinen sehr wohl bei diesem guten Kartoffelernte dem Erzeuger immer noch einen guten Preis zuteil werden lassen, und wenn der Kartoffelwucher bei der direkten Verjorgung an die Konsumenten mit 6 Mark bezahlt wird, so wird es einen großen Anreiz für diesen geben, möglichst selbst die Verjorgung zu besorgen.

Dieser landwirtschaftliche Fachmann, der in seinen Kreisen großen Aufjehnt, hält also einen Kleinverkaufspreis von 6 Mark pro Zentner frei Keller für so reichlich, daß dabei auch noch der Bauer neben dem Händler ein gutes Geschäft machen könne. Nun verjengenbedürftig man sich aber die Preise, die gegenwärtig in der Magdeburger Gegend gezahlt werden müssen: 8 Mark und mehr pro Zentner haben Bauern den kleinen Leuten abgenommen, die weite Reisen zu ihnen machten, um im Aufjand oder Kleinen einige Kartoffeln zu „kassieren“, weil die künftige Nation von 5 Pfund die Woche nicht ausreichte. Und der gegenwärtig festgesetzte Kartoffelhöchstpreis beträgt für Magdeburg frei Keller 7 Mark, wenn Magdeburger Bauern, aber 8 1/2 Mark, wenn Händler die Kartoffeln liefern. . . !

Dagegen holte man die 6 Mark, an denen noch Lude neben dem Händler auch noch der Bauer ein gutes Geschäft macht! Wie gute Geschäfte machen sie erit auf Kosten der Verbraucher bei den jetzigen Preisen, die ihnen behördlich festgesetzt sind! —

Und nochmals die Wilson-Proteste.

Die alldeutsche-österreichische „Halleische Zeitung“ kann sich gar nicht genug darin tun, fröhlich in das antidemokratische Feuer zu blasen, zu dem der Anti-Wilson-Junkie allmählich geworden ist. Jetzt haben wir selbst es ihr wieder angetan, weil wir in unserer Sonnennummer auch gegenüber dem Wilson-Protest der Unübersichtlichkeit noch einige Vorbehalte gemacht haben. Dabei paßte ihr aber ein großes Pech: sie behauptet nämlich etwas, was absolut nicht wahr ist.

Nach ihr hätten wir versucht, dem guten Freund Wilson, den die Sozialdemokraten wegen seiner Selbstverleugung über Demokratie und Volkswillen in ihren verjengenden Wufen geschloffen haben — nie ist jetzt mehr in sozialdemokratischen Wäldern ein Wort des Zabels für Wilsons Verjüngung des Wiederbesandes während der vorgetragenen Neutralität der Vereinigten Staaten zu lesen — die Stange zu halten. Die „Volksstimme“ tut das nicht mit offenen Worten, wie sich das für eine gerade Natur schied, denn das wäre nicht „diplomatisch“, aber sie wirft mittelbar darauf hin, daß bei ihren Leuten der Herr Wilson als eine Art Heiliger erscheint, mindestens als ein

„Sammler“, dem der böse „alldeutsche-österreichisch-national-liberale“ Wolf im Deutschen Reiche das Wasserlein trübt.

Wie verhält es sich damit in Wirklichkeit? Zunächst sei die Nebenart abgetan, die sozialdemokratische Presse habe kein Wort des Zabels mehr gegen Wilson. Nach einer Zusammenstellung, die kürzlich die „Internationale Korrespondenz“ über die Urteile der sozialdemokratischen Presse zur Wilson-Note machte, ergeben sich u. a. folgende Pressestimmen, wobei wir nur die größeren Wälder herausgreifen:

Das „Volksblatt“ in Gorbuz nannte Wilsons Note ein durch und durch nutzlos heuchlerisches Schriftstück. Der Berliner „Kollaborat“ und die „Bremer Bürger-Zeitung“ tadeln die Wilson-Note als große Heuchelei ab. Die „Bremer Bürger-Zeitung“ nannte sie mit wüsten Freistigkeiten gelipst.

Die „Schlesische-österreichische Volkszeitung“ in Kiel sagte, Wilsons religiöse Phrasen wirkten wie die schimmliche Gotteslästerung. Die „Dresdener Volkszeitung“ konnte in Wilsons Klagen über mangelnde Demokratie in Deutschland nur einen Vorwand und eine Verjüngung der Verjüngungsziele erblicken.

Das Bochumer „Volksblatt“ nannte die Note eine Heuchelei ohne Gleichen; Unfreiheit herrsche in Wilsons kapitalistischer Republik viel schlimmer als in Deutschlands.

Das „Offenbacher Abendblatt“ sprach Wilson, dem Staatsleiter der großen Militarisiererten und Kriegsgewinnler, jedes Recht ab, als Einnichters aufzutreten. Amerika wolle einfach seinen Verhandlungszeitung.

Das „Hamburger Echo“ sagte, Wilsons Note sei eine großartige Spekulation auf die Macht der politischen Lüge, in deren Handhabung er unbeherrschter Meister sei. Wilson wolle das deutsche Volk nur durch innere Zwistigkeiten mürbe machen. Aber das deutsche Volk immer sich den Feuten um Wilson. So wenig es sich von irgend einem Staatsform und Regierungsmethoden aufdrängen lasse, so wenig lasse es sich von Wilson dahin beeinflussen, diejenigen Anberungen in der deutschen Verfassung zu erheben, die längst vor Wilson in Deutschland angehängt gemeten seien.

Und die „Frankfurter Postzeitung“ in Nürnberg meinte, die Wilsonsche Note widerspreche nicht nur der Ehre des deutschen Volkes, sondern auch aller Klugheit der Deutschen selbständigen Regierungen. Die Verjüngung des öffentlichen und sonstigen Rechts in Deutschland kann nur Sache des deutschen Volkes sein. Es ist unmöglich, sich von einer fremden Regierung das aufjungen zu lassen, was man selbst noch so heiß wünscht.

It das aber kein Zabel gegen Wilson? Hat die übrige Presse etwa fröhlicher und deutlicher geredet?

Wie schrieben wir aber? Bitte sehr, man bediene sich! Wir beschäftigten uns gleich in zwei Nummern hineinzuwerden und am leitenden Stelle ausführlich mit der Wilson-Note und die „Halleische Zeitung“ möge die Nummern vom 8. und 4. September nachschlagen. In welchem Sinne, sei am nur einigen feinen Verjüngungen gegeneit.

An einer Stelle heißt es:

Die große Lüge, die durch die Note geht, ist in der Hochachtung vor dem deutschen Volke verjüngt, denn die ganze Wilsonsche Verjüngung der deutschen Regierung gegenübersteht. In Verbindung damit das geschickte Blendwerk, als wenn nur die Demokratie Deutschland retten könnte, als wenn sie die einzige Sicherheit für den Friedensschluß gewährte, und die Wiederholung eines ähnlichen Krieges nur durch demokratische Garantien unmöglich gemacht würde.

Und an einer anderen Stelle heißt es noch deutlicher: Deshalb ringt auch die Verjüngung der Wilsonschen Note, daß man seine Neppheiten gegen das deutsche Volk aus-

üben wolle, als ein heuchlerisches Gerede, eine Lüge, die nur darauf berechnet ist, politische Gimpel einzufangen. Jede Verjüngung des Krieges ist eine Nepphelei gegen das deutsche Volk. Anders können die militärischen Wäldmittel der Entente nicht wirken. Wer etwas anders behauptet, belügt und betrügt auf sein eigenes Volk.

An einer dritten heißt es so deutlich als es nur gesprochen kann:

Das deutsche Volk steht in einer großen demokratischen Bewegung. Ihr Tempo und ihr Ausmaß läßt es sich aber nicht von außen vorschreiben, sondern es bestimmt beides selbst. Das deutsche Volk hat in den letzten 3 Jahren Wunder der Kraft und der Aufjüngung gegen eine feindliche Übermacht verrichtet; es hat sich in dem Wäldkampf behauptet und gemehrt, wie vor ihm noch feins in der Geschichte. Das deutsche Volk ist nicht geneigt, sich in seine häuslichen Verhältnisse dreinreden zu lassen oder gar Vorjüngungen darüber entgegenzunehmen.

Damit ist die Lüge der „Halleischen Zeitung“ auch zu ihrem letzten Teil erledigt, und damit auch in bezug auf die einfältigen Nebenarten, die dieses Blatt danach noch gegen uns losläßt, da sie ja nach diesen unjünglichen Verjüngungen jeden Sinn verlieren.

Mit solchen Gimpeljärgereien ist es also nichts, damit selbst dieses Blatt ruhig dort bleiben, wo es auf einfältige Leute wirken kann. Um diese Sache ist es ihm ja auch gar nicht zu tun, es will damit lediglich diejenigen Vermählungen seiner Gesinnungs-freunde verjengen, die die plumpe Einmischung Wilsons in unsere inneren Verhältnisse und die hierdurch hervorgerufenen Proteste dazu benutzen wollen, ihre besonderen parteipolitischen Zwecke zu erreichen; diesen Verjüngungsstücken unmöglich zu machen und die Demokratisierung Deutschlands zu hindern. Das sagt ja auch dieses Blatt selbst ganz deutlich, indem es am Schluß erklärt:

Das dem „Wilson-Mummel“, von dem das Blatt weitesther spricht, droht ihm die Gefahr, daß die Demotroffierung Deutschlands und damit alle schönen Pläne der Sozialdemokratie — die sich in dieser Hinsicht geflochten geigt, mögen sich „Anhängende“ und „Regierungssozialisten“ in andern, gleichartigen Dingen noch so sehr beschreiben — ins Wasser fallen. Das demotroffierte Volk noch vielmehr erjengen, mögen die Reize geben soll.

So jenge man also auch als Sozialdemokrat gegen die Wilson-Note sein muß und es ist — die Ausnahme, die mit dem ganzen Protestraum allmählich in die Höhe gekommen sind und verbunden einen — und dazu braucht man noch nicht einmal Sozialdemokrat zu sein — die jenge Sache fremdlich zu betrachten. Denn es geht um mehr dabei, das sollten sich alle die-jenigen demokratisch gesinnten Leute sagen, die noch wie Hypnotisiert auf die Wilson-Note starren. —

* Rückgabe der Kartoffelbeihilfene. Diejenigen Haus-haltungen, welche die in den Wärdern-Ausgabenstellen verjüngten Beihilfene auf Winterkartoffeln noch nicht zurückgegeben haben, werden aufgefordert, diese ausgefallenen Bezirke sofort in Städtischen-Verwaltung (Wartung 25) I. Saal links, unter Vorlage des Städtischen-Verwaltungsgeldscheins zurückzugeben. Die nicht rechtzeitige Verjüngung der Verjüngung in der Kartoffelbeihilfene zur Folge. An Kartoffel-händler oder Landwirte wird die Beihilfene nicht abzugeben. —

* Preisauflage für Marmeladenzettel. Der Magistrat gibt bekannt, daß der Erzeuger für Marmeladenzettel bei späterer Verjüngung folgende Auflage über die Höchstpreise als Aufjüngungsprämie gezahlt werden: vom 20. bis 30. September 1. Mark von 1. bis 15. Oktober 1.50 Mark, vom 16. bis 31. Oktober 2 Mark für den Zentner. Diese Sätze gelten in Halle, nebst in den früher bereits festgesetzten Verjüngungsprämien von 1 Mark und 1.50 Mark. —

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Roman von W. B. Jacobs.

(Fortjüngung.)

(Schlußverjüngung)

„Das ist wie so'n kleinen Roman“, sagte Ginnerk mit löhnerer Stimme, als er aus der letzten Kneipe hinaus-gestochen und der Kneipe vorgegeben wurde.

„Wo woll'n wir nu hin?“

„Guridi nach's Schiff“, entgegnete Schorje, „komm mit.“

„Nix bis ich ihn gefunden hab“, sagte Ginnerk feierlich, sich vor Schorjes Sand, die ihn zurückhalten wollte, zurückjüngend.

„Du find'it ihn heut abend doch nicht mehr, Ginnerk“, redete ihm der Koch zu.

„Wieso nicht?“ sagte Ginnerk, ihn mit gläsernen Augen betrachtend. „Wir sind doch losgegangen, um ihn zu finden!“

„Ne, für eins, weil's doch dunkel is“, antwortete der Koch.

Ginnerk lächelte höhnlich.

„Komm mit“, sagte Schorje und führte ihn wieder beim Arme.

„Ich bin losgegangen, den Wärdern zu finden — Wärdern — finden“, sagte Ginnerk. „Ich geh nicht zurück ohne ihn.“

Er pendelte die Straße hinunter, und die beiden Leute, deren einfache Traditionen es ihnen nicht gestattet, einen Schiffsführer in einem solchen Zustand allein zu lassen, folgten ihm brummend. Eine halbe Stunde lang jagierten sie mit ihm durch die stillen Gassen der kleinen Stadt, wobei Schorje nur löhnerer seine Ungeduld unterdrückte, und wenn der dicke Matrose sich von Zeit zu Zeit hinter die Ärmel und ähnliche Wärdern nach dem Vermitteln ab-jüngte. Schließlich blieb er vor einem kleinen Hause stehen, schaute ein paar Schritte weiter, kam zurück und ging dann, als wenn er plötzlich zu einem Entschluß gekommen wäre, direkt darauf zu.

„Galt ihn, Koch!“ rief Schorje, seinen Arm um ihn jüngend.

Der Koch legte seine Arme um Ginnerks Nacken, und so jogen die beiden ihn, nützlich jünauwend, fort.

„Nu kommte aber an Bord, Du alter Hansnarr!“ sagte Schorje, der seine Geduld verlor; „wir haben den Unstijn jetzt satt.“

„Nix los!“ sagte Ginnerk.

„Wißt Du die Klingel in Ruhe lassen?“ rief Schorje.

„Er is da in!“ sagte Ginnerk, einen schlaunen Blick auf das Haus werfend.

„Komm nu endlich mit, Du Hansnarr Du!“ wiederholte Schorje, „Du soll'it auch lieber nix Stärkeres trinken als Nix.“

„Galt meine Sack, Koch!“ rief Ginnerk, dessen Wärdern plötzlich einen belangjüngenden Ernst annahm.

„Sei kein Narr, Ginnerk!“ sagte der Koch bittend.

„Galt meine Sack!“ wiederholte Ginnerk, ihn von oben herab betrachtend.

„Du weißt doch, daß Dil gar keine nix anhat“, sagte der Koch verjüngend. „Kannste denn nicht jehn, daß es in Jersey is? So die bitte dich nix.“

„Ne, denn hilf mir, daß ich's ausjehn“, sagte Ginnerk gereizt.

Gegen seine bessere Vernunft hielt der Koch den dicken Matrosen, während der sich bemühte, es auszugleichen. Schorje wartete, bis sich das Kleidungsstück, das sehr eng war, über seinem Kopfe befand. Dann hob er den Koch hoch bejettete und packte sein Opfer und ließ ihn sich langsam im Kreise um seine eigne Achse auf dem Wärdern drehen.

„Dreh Dich dreimal rum um fang, wenn Du kannst, Ginnerk“, sagte er boshaft. „Ne, nu seh Dich hin.“

Er ließ ihn auf das Wärdern nieder und rannte gefolgt vom Koch, fort, ihn seinem Schicksal überlassend. Ihr letzter Blick zeigte ihnen einen dicken Matrosen, dessen Kopf und Arme in einen Jersey eingewängt waren, und der die langsamsten Verrenkungen vollführte, um sich zu befreien, und seinen Geföhlichen Worte verlieh, die, selbst nach dem sie durch das fröhliche Kleidungsstück filtriert waren, noch außerordentlich deutlich und fröhlich waren. Endlich gelang es ihm, sich zu befreien, und nachdem er in seinem Jersey das Kleidungsstück fortgeschleubert hatte, nahm er

es wieder auf, steckte es unter seinen Arm und ging im Hitzack seinen Weg zum Schiffe jürg.

Als er am nächsten Morgen erjachte, war sein Gedächtnis nicht ganz klar, aber eine nebelige Erinnerung, als wenn er beleidigt worden wäre, veranlaßte ihn, Schorje und den Koch mit deutlicher Kälte zu behandeln, die nicht ohne Nachteil, als jenseit sie alle an Deck an der Arbeit waren. Das Armbreit beim Jement ist eine trodene Sache, und so gefattete denn der dicke Matrose, nachdem er sein Herz eine Zeitlang mit Härte gepanzert hatte, dem Koch, ihn in die Kombüse zu rufen und ihm einen Becher kalten Kaffee anzubieten, der vom Kapitänstisch übriggeblieben war.

Der Koch wusch den Becher auf und setzte sich, daß staubige Deck der Hise des Feuers vorzuehend, hin, um eine Schiffe Kartoffeln zu wärdern. Das war eine Arbeit, die zum Nachdenken veranlaßte, und seine Gedanken föhren, wie er so jinnend aus Ufer blüfte, zu Kapitän Härdler zurück, und wie er wohl am besten zu finden wäre. Es war klar, daß die Photographie ein wichtiger Faktor bei der Suche war, und von einer neuen Idee erjacht, ließ er die Kartoffeln stehen und stieg in die Kajüte hinab, um sie zu juchen. Er fand sie auf einem Bord in der Kabine des Kapitäns und ging wieder an Deck und dann an Land.

Von den ersten drei Seiten, die er erredete, konnte er keine Auskunft erhalten. Sie behielten sich alle neugierig die Photographie und machten ihre Bemerkung dazu, weil wenig jinnlichselbster Art, aber alle stimmten darin überein, daß in Nordermünde kein Mensch sei, der so aussehe. Der Koch wollte die Arbeit schon als nutzlos aufgeben und an Bord zurückkehren, als er einen alten Fischer erjachte, der sich an einen Wärdern lehnte.

„Schönes Wetter, Koch“, sagte der Koch.

Der Alte entfernte höhnlich einen kurzen Kalkstummel aus seinem zungenlosen Munde, um zu juchen, und steckte ihn dann wieder hinein und blüfte jennärd.

„Gaben Sie mal so jemand jegen?“ fragte der Koch, ihm das Bild hinhalend.

(Fortjüngung folgt.)

